

Nr. 43
1972

Union in Deutschland

Bonn, den 8. November 1972

Es geht um den richtigen Weg

„Ich war und bin tief beeindruckt von dem Ernst und dem Mut, mit dem Adenauer einen Ausgleich mit der Sowjetunion gesucht hat“. Dieser Satz stammt weder von Rainer Barzel noch von Gerhard Schröder. Er stammt von Willy Brandt. Der Satz ist wahr. Er bestätigt, daß unsere Politik schon immer auf den Frieden gerichtet war, daß aber das Ziel – Entspannung und Aussöhnung auch mit den Völkern des Ostens – sehr viel mehr von der Haltung der Sowjetunion abhing als von unseren eigenen Wünschen.

Darum geht es bei der Wahl am 19. November nicht um eine Entscheidung über unsere Friedenspolitik. Sie steht überhaupt nicht zur Debatte. Alle Parteien sind sich darin einig, daß deutsche Politik nur Friedenspolitik sein kann. Das galt vor Willy-Brandt, das wird auch nach ihm gelten. Wenn es Streit gibt, dann nicht um das Ob, sondern um das Wie unserer Friedenspolitik. Genauer gesagt: wir streiten darüber, ob in den Verhandlungen mit dem Osten bei allem berechtigten Bemühen um Ausgleich unsere eigenen Interessen immer so deutlich und so beharrlich vertreten worden sind, wie wir das für nötig halten.

Wir glauben, daß sich erst in jüngster Zeit auf einem ganz anderen Gebiet erwiesen hat, wie berechtigt unsere Zweifel sind: in der Nahostpolitik der Regierung. Wir hätten uns den arabischen Ländern gegenüber wie eben auch an anderer Stelle eine klarere Haltung, ein selbstbewußteres Auftreten, eine deutlichere Sprache gewünscht. Daß dies ohne alle Überheblichkeit und ohne jeden Nationalismus möglich ist, hat kein geringerer als der Bundespräsident mit seiner Rede bei der Trauerfeier im Münchener Olympiastadion bewiesen.

„Wir können mit gutem Selbstbewußtsein sagen, daß kaum ein anderes Land ... auf dem Wege zu sozialer Gerechtigkeit so weit vorangekommen ist wie das unsere.“ Auch dieser Satz stammt nicht von einem CDU-Politiker. Er ist das Urteil Helmut Schmidts über 20 Jahre deutscher Politik, in denen die CDU/CSU regierte. Auch dieser Satz ist wahr. Er bestätigt, daß es auch im Streit um mehr Fortschritt und soziale Gerechtigkeit nicht um das Ob, sondern um das Wie geht. Was wir wollen, haben wir in unserem Regie-

■ TESTIMONIALS

Zahlreiche Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Kultur, Sport und Diplomatie sowie Politiker, die der SPD und FDP den Rücken gekehrt haben, bekennen sich mit ihrer Unterschrift zur Politik der Union.

Seite 7

■ LEITSÄTZE

Zur Gesundheits- und zur Justizpolitik legt die CDU ihre Programme vor.

Seite 10

■ SOZIALISMUS

In seinen Wahlveranstaltungen fordert Rainer Barzel immer wieder dazu auf, Länder zu nennen, in denen der Sozialismus Vergleichbares zu unserem freiheitlichen System für den Menschen geschaffen hat. Den Widerspruch zwischen sozialistischer Propaganda und Wirklichkeit belegt eine Analyse der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“.

Dokumentation

■ WAHLKAMPF

CDU-Bundesschatzmeister Walter Leisler Kiep gibt Einblick in die Finanzierung des Wahlkampfes der CDU. Dabei wird die Opferbereitschaft breiter Bevölkerungsschichten sichtbar.

Seite 15

rungsprogramm klargemacht. Aber für uns ist die Voraussetzung für jede solide Reformpolitik die Wiedergewinnung der Stabilität bei gesicherten Arbeitsplätzen. Hier liegt der Streitpunkt: Vereinigen wir unsere Kräfte zu einem Feldzug gegen die Inflation, lassen wir eine neue Regierung einen neuen Anfang machen, oder soll es mit immer höheren Preissteigerungsraten und einem immer geringeren realen Wirtschaftswachstum weitergehen? Wir meinen, daß dabei nicht nur die Stabilität, sondern auch die soziale Gerechtigkeit auf der Strecke bleibt.

Es wäre für den inneren Frieden in unserem Volke gut, wenn sich die Parteien gegenseitig zugute hielten, daß es allen um Frieden, um Fortschritt und um mehr soziale Gerechtigkeit geht. Über das Wie mögen sie dann mit aller Härte streiten. Und darüber soll dann der Wähler entscheiden.

Dr. Konrad Kraske,
Generalsekretär der CDU

■ Informationen

Jusos wollen Schwerpunktwahl der Studenten

Die Jungsozialisten und der Sozialdemokratische Hochschulbund (SHB) haben die Studenten aufgerufen, durch Stimmabgabe am Studienort Einfluß auf die Wahlentscheidung zu nehmen. Bisher seien die Stimmen der Studenten nicht ins Gewicht gefallen, weil die Mehrheit am Wohnsitz der Eltern zur Wahl gegangen sei, heißt es in dem Aufruf. Die Konzentration von Studenten am Hochschulort müsse künftig zugunsten einer fortschrittlichen Politik genutzt werden. Die Studenten werden in diesem Zusammenhang aufgefordert, ihren Hauptwohnsitz an den Studienort zu verlegen. Dem Aufruf ist eine vorgedruckte „Wohnsitzänderungserklärung“ beigelegt.

Prof. Eschenburg gegen Wahlkampf in Betrieben

In einem Gespräch mit der „Rheinischen Post“ vom 3. Nov. 1972 wendet sich Prof. Theodor Eschenburg, prominentes Mitglied der FDP-Wählerinitiative, gegen den Wahlkampf des Kanzlers in Betrieben: „Da der Kanz-

ler auch Parteipolitiker ist, darf er im Wahlkampf nicht in Betrieben auftreten. Er stört die Chancengleichheit, und er stört den Betriebsfrieden. Die Parteien sollten sich so schnell wie möglich einigen, daß solche Reden zu unterbleiben haben.“

Von sich aus sprach Eschenburg die Parteiwerbung durch Regierungs-Inserate an: „Ich halte es für unwürdig, wenn eine Regierung mit Inseraten in den Wahlkampf geht, da das nur den Parteien zusteht. Ich finde es skandalös, wenn eine Regierung mit öffentlichen Geldern für eine Partei wirbt.“

Manifest der jungen Wähler

Ein Manifest der jungen Wähler haben am Wochenende in Bonn 68 Schüler, Lehrlinge, Studenten und junge Arbeitnehmer unterzeichnet. Als eine bundesweite Jugendinitiative der Aktion der Mitte fordern sie ihre jungen Mitbürger auf, bei den kommenden Bundestagswahlen die Unionsparteien zu wählen. Wie Jürgen Aretz, Bonner Sprecher der Jugendinitiative, erklärte, sehen die Mitglieder in der Wahl am 19. November nicht nur eine Entscheidung über die nächste Regierung, sondern eine Weichenstellung für die gesellschaftspolitische Entwicklung

der Zukunft. Gerade die Erfahrung in den Betrieben, Schulen und Universitäten mit jungen Linksradikalen, die die SPD zum Teil unter ihrem Namen agieren läßt, mache deutlich, daß diese Partei nicht in der Lage ist, die sogenannten Systemüberwinder an der Zerstörung unserer sozialen und wirtschaftlichen Ordnung zu hindern.

Wahlmanipulation mit zweitem Wohnsitz

Die „Betriebsgruppe der Inneren Polizei- und Ordnungsverwaltung der SPD“ in Berlin hat jüngst in einem Merkblatt die „lieben Genossinnen und Genossen“ aufgefordert, einen zweiten Wohnsitz in Westdeutschland zu begründen, damit sie den Gang zur Wahlurne antreten könnten. Mit Namen und Zimmernummer wurde als Anlaufstelle ein Genosse bei der Polizeiverwaltung genannt, der alles Weitere veranlassen würde. Der vorformulierte Text eines Briefes an den Wahlleiter wegen Überlassung der Briefwahlunterlagen war ebenfalls beigelegt. Schließlich die Aufforderung: „auch andere Genossinnen und Genossen“ sollten „auf diese Möglichkeit“ der Wahlmanipulation hingewiesen werden.

In einem Protest der Berliner CDU dazu heißt es, es sei erstaunlich, daß ausgerechnet Beamte der Polizeiverwaltung ein derartiges Rundschreiben verfaßt hätten, obwohl vom Innenminister darauf hingewiesen worden sei, daß die Begründung von Scheinwohnsitzen in Westdeutschland zum Zwecke der Teilnahme an der Bundestagswahl ungesetzlich sei und die Gefahr der Wahlanfechtung heraufbeschwöre.

Schulrat ruft zum Systemsturz auf

Bei der Einweihung der Primarstufenschule im Ortsteil

Schneidhain des Taunusstädtchens Königstein meinte Schulrat Viehmann in seiner Ansprache, er hoffe, daß auch diese Schule eine „Stätte des gesellschaftlichen Umsturzes“ sein werde. Also nicht nur die Jungsozialisten, sondern auch die Beamten des ‚Roten Hessens‘ rufen jetzt bereits zum Systemsturz auf. Nachdem Ministerpräsident Osswald ‚grünes Licht‘ zur Unterwanderung des Öffentlichen Dienstes durch Radikale dadurch gegeben hat, daß die hessische Landesregierung den Ministerpräsidenten-Beschluß zu dieser Frage eigenmächtig abändert hat, nisten sich immer mehr „System-Veränderer“ im

hessischen Schuldienst ein. Die CDU-Landtagsfraktion hat sofort die parlamentarische Initiative ergriffen und die Landesregierung aufgefordert, gegen den Schulrat vorzugehen.

Prof. Steinbuch bricht endgültig mit den Sozialdemokraten

Professor Karl Steinbuch von der Technischen Universität Karlsruhe will in Zukunft nicht mehr die Sozialdemokratische Partei Deutschlands unterstützen. Noch vor drei Jahren fungierte er als Wahlhelfer der SPD. Zur

Begründung erklärte Professor Steinbuch, der sich auch als Verfasser von Sachbüchern einen Namen gemacht hat:

„Ich habe mich lange Zeit – auch öffentlich – für die SPD engagiert. Weshalb ich dies nicht mehr tun kann, möchte ich hier begründen. Mein Abschied ist ohne Haß (und fern jeder Korruption), mich bewegt ein Gefühl der Trauer und Enttäuschung, etwa so, wie man einen Kreis von Menschen verläßt, mit dem man sich lange Zeit für eine gute Sache verbunden fühlte. Dieser Abschied ist nicht begründet durch nicht eingehaltene Versprechungen, zum Beispiel aus der Regierungserklärung vom Herbst 1969, auch nicht durch Gegensätze zur Außenpolitik der SPD (der ich überwiegend zustimme), sondern durch folgendes:

1. Einst bestand bei der SPD kein Zweifel an ihrer Programmehrlichkeit, neuerdings zweifle ich aber daran, daß das Godesberger Programm in seinem ursprünglichen Verständnis noch verbindliche Basis der Entscheidungen ist: zum Programm gehört selbstverständlich nicht nur der Wortlaut, sondern auch die Ausdeutung. Ich fühle mich dupiert, wenn anläßlich der Wahl unüberbrückbare Widersprüche innerhalb der SPD unter den Teppich gekehrt werden: sie kommen mit Sicherheit wieder hervor, wenn Entscheidungen anstehen und der Wähler nicht mehr eingreifen kann. Deshalb habe ich kein Vertrauen mehr zur SPD.

2. Die SPD wurde mit dem Godesberger Programm aus einer Klassenpartei zur Volkspartei. Gegenwärtig macht sie den Rückschritt zur Klassenpartei. Ich bin nicht bereit, mich für eine Partei zu engagieren, die nicht Verantwortung für alle emp-

(Fortsetzung auf Seite 19)

Die CDU/CSU-regierten Länder verhalten sich stabilitätsgerecht

Mittlerweile sind die Ausgabensteigerungen der Länder bis einschließlich September bekanntgeworden. Diese Zahlen verdeutlichen, daß die CDU-regierten Länder ihre Haushalte den konjunkturellen Erfordernissen angepaßt haben.

Der Ausgabenzuwachs der Länder im einzelnen:

Länder	Steigerungsrates der Istaussgaben für	
	1. 1. 1972 bis 31. 8. 1972	1. 1. 1972 bis 30. 9. 1972
	im Vergleich z. gleichen Zeitraum 1971 in v. H.	
Schleswig-Holstein	6,9	6,9
Niedersachsen	13,9	15,0
Nordrhein-Westfalen	14,2	14,7
Hessen	10,6	12,1
Rheinland-Pfalz	11,7	10,9
Baden-Württemberg	8,8	8,6
Bayern	12,9	11,9
Saarland	14,3	13,6
Hamburg	9,5	7,8
Bremen	13,7	15,7
Berlin	10,8	10,2
Länder insgesamt	12,0	11,8
CDU/CSU-Länder	10,8	10,2
SPD/FDP-Länder	12,6	13,0
Bund	10,4	10,2

„Ausgerutschte“ Schnüffler

Es geschah im September dieses Jahres: den Unterbezirksgeschäftsführern der SPD flatterte aus der Bonner SPD-Baracke das Rundschreiben Nr. 21/72 der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit auf die Tische. Mit der Weisung, Informationen über die Orts- und Kreisverbände der CDU/CSU zu sammeln und – unter anderem – den „Einfluß der örtlichen Geistlichkeit“ zu erschnüffeln und festzuhalten, ob sich die „regionale Geistlichkeit“ „neutral, CDU-freundlich“ oder „SPD-freundlich“ verhält. (UiD Nr. 38/72 S. 4 berichtete ausführlich darüber). Doch: Der Schnüffel-Auftrag wurde ruchbar;

Vikar Reinhard Schäfer aus Dortmund zum Beispiel schrieb an Bundesminister Walter Arendt: „Heute muß ich erfahren, daß ich gut genug war, mitzuhelfen, Ihre Regierung zu wählen. (Das war 1969 – die Red.) Nach der Regierungsbildung von 1969 ist Ihre Partei schon soweit etabliert, daß sie Akten über ihre Gegner anlegt. Wozu?“. Die katholischen Männerwerke protestierten bei Brandt gegen die „Gesinnungsschnüffelei“; der Priesterrat des Bistums Münster beim SPD-Bundesgeschäftsführer gegen diese „unseriöse Meinungsforschung“.

Jedenfalls wurde es der „Baracke“ zu heiß – und sie schickte den katholischen Sozial-Demokraten Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen vor die Vollversammlung des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken, um das Feuer des Protestes zu löschen. Es handele sich bei der bewußten Aktion um eine „allgemeine Umfrage“, über die man jedoch geteilter Meinung sein könne, vernahmen die Versammlungsteilnehmer aus „HSV“'s Munde, der dann schlechterdings den ganzen Vorgang als „ungeschickten Ausrutscher“ eines jungen Soziologen bezeichnete. Aber, aber! Dr. Schmitt-Vockenhausen sollte doch wohl Hierarchie und Arbeitsweise in der SPD-Baracke besser kennen und böse Tatbestände nicht „verkleinern“ helfen. Denn:

Der Schnüffel-Auftrag ist in dem Rundschreiben Nr. 21/72 der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit des Parteivorstands der SPD vom 30. 8. 1972 – WD/BD – enthalten, das an alle Unterbezirksgeschäftsführer verschickt und den Bezirksgeschäftsführern zur Kenntnis gegeben wurde. (Das Bundessekretariat der Jusos schloß sich mit Rundschreiben A 17/1972 vom 11. 9. 1972 WK/FI der Aktion an.) Unterzeichnet ist das Rundschreiben vom Leiter der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit, Albrecht Müller, einem der durchaus erfahrenen Abteilungsleiter beim SPD-Parteivorstand. Wer das Getriebe in der SPD-Baracke kennt, der weiß, daß eine derartige Aktion nicht ohne das Plazet des Bundesgeschäfts-

führers und des Präsidiums der SPD „gestartet“ wird.

Schade um Dr. Schmitt-Vockenhausen, wenn er sich von den Urhebern und Verantwortlichen der Schnüffel-Aktion „verschaukeln“ läßt.

Wenn Linke allergisch werden

Die katholischen Bischöfe hatten die Tinte ihres Wahlhirtenbriefes kaum trocken werden lassen, da wurden sie bereits mit scharfen linken Breitseiten eingedeckt. Den Anhängern der katholischen Sektion in der sozialdemokratischen Wählerinitiative mißfiel das Kanzelwort, das sie als Dokument purer Parteilichkeit diagnostizierten, schon aus Gründen des eigenen Selbstverständnisses. Und der FDP-Präsidiale Mischnick fertigte es kurz und bündig als einen „Rückfall in die fünfziger Jahre“ ab. Hätten die katholischen Oberhirten das Wählervolk aufgerufen, sich am 19. November für Willy Brandt und seine Koalition zu entscheiden, dann wäre ihnen – kein Zweifel – linkes Lob sicher gewesen.

Daß die Bischöfe, – importune, opportune – den dornigeren Weg der kirchlichen Grundprinzipien beschritten und sich somit in die direkte Auseinandersetzung mit den programmatischen Aussagen der Parteien eingelassen haben, kann ihnen ernsthaft aber wohl niemand verargen. Im Gegenteil. Die Parteien formulieren ihre Programme und Wahlplattformen ja nicht für ihre Archive, sondern sie präsentieren sie der Gesellschaft, zu der auch die Kirchen gehören. SPD und FDP wissen ganz genau, welche Erwartungen beispielsweise die Repräsentanten der katholischen Kirche zu bestimmten politischen und moralischen Sachfragen hegen. Sie können darum schwerlich von Parteilichkeit oder von einseitigen Wahlhilfen reden, wenn sich der von den Bischöfen erstellte Katalog von Forderungen und Unveräußerlichkeiten am ehesten bei der CDU abhaken läßt. Es liegt ja doch wohl an den beiden Parteien selber, wenn sie – über eine rein formal gegebene Wählbarkeit für Katholiken hinaus – auch nach ihren politischen Vorstellungen und Angeboten wählbar bleiben oder werden wollen.

Man wundert sich eigentlich, warum sich SPD und FDP über das Hirtenwort wundern. Der unverkennbare Rückzug der SPD auf eine klassenkämpferische Linie neomarxistischer Machart und die Erklärungen des Freiburger FDP-Parteitages haben ja doch wohl zwangsläufig Bindungen wieder einfrieren lassen, die – hätte man so manchen Äußerungen linker Katholiken Glauben geschenkt – eigentlich kaum noch zu erschüttern gewesen wären.

Willi Weiskirch

Bewährte Marktwirtschaft oder sozialistische Bürokratie

Bei der Wahlentscheidung des 19. November geht es um die Frage, die 1949 schon einmal von den Wählern entschieden werden mußte: Wie soll unsere Wirtschaftsordnung in Zukunft aussehen? Soll es bei der Fortentwicklung der bewährten Sozialen Marktwirtschaft bleiben oder wird eine Wirtschaft der Planungsbürokratie im Zeichen eines „demokratischen Sozialismus“ die Oberhand gewinnen – wobei jedem, der ehrlich ist, klar sein muß, daß dieses System weniger leistungsfähig ist.

1959, als die SPD ihr Godesberger Programm verkündete, schien es zunächst so, als hätten die Sozialdemokraten die Soziale Marktwirtschaft nicht nur toleriert, sondern ihr sogar zugestimmt. Kronzeuge für diesen Schritt war damals angeblich Prof. Karl Schiller. Inzwischen hat sich manches gewandelt. Das Godesberger Programm ist offenbar kein Riegel zur Rückkehr und Angleichung an anti-marktwirtschaftliche Vorstellungen gewesen. Dazu äußert der Wirtschafts- und Verkehrsminister des Landes Schleswig-Holstein, Dr. **Karl-Heinz Narjes**, Mitglied der Kernmannschaft des Kanzlerkandidaten der CDU, u. a.: Selbst die Jusos können es wagen zu sagen: „wir stehen sosehr auf dem Boden des Grundgesetzes und des Godesberger Programms, daß wir davon schon Plattfüße bekommen haben“. Die SPD ist die Antwort auf die naheliegende Frage schuldig geblieben, ob und inwieweit überhaupt eine Unternehmerwirtschaft in ihrem System des „demokratischen Sozialismus“ theoretisch und praktisch möglich ist.

In diesen Rahmen gehört auch die Hemmungslosigkeit, mit der

die SPD gegen das Betriebsverfassungsgesetz verstößt und ihre Kandidaten zu Wahlreden in die Betriebe ausschickt. Dazu gehören auch die unternehmerfeindlichen Steuerreformbeschlüsse, ihr zweideutiges Verhalten zum Eigentum und der Mangel an Kraft und Bereitschaft, die Inflation zu bekämpfen, die die Grundlagen der Marktwirtschaft existenziell gefährdet. Auch für diese Wende der SPD zu einer anderen Republik ist Karl Schiller die Symbolfigur: Er hat die SPD verlassen.

Mitverantwortung und Weiterentwicklung

Die CDU stellt diesem Weg in den Sozialismus das Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft entgegen, einer freiheitlichen Ordnung, die gerade auch den Arbeitnehmern ein Maß an Freiheit sichert, wie es in anderen Wirtschaftsordnungen kaum denkbar ist, und das aufgrund einer steten Reformpolitik der CDU zugunsten der Arbeitnehmer. Dem hat die SPD nur wenig entgegenzusetzen. Zu dieser Ordnung gehören aber ebenso freie Unternehmer und Privateigentum an Produktionsmitteln.

Diese Ordnung kann nur erhalten werden, wenn wir Mitverantwortung, auch für die Welt um us herum, übernehmen. Das beginnt bei den Gastarbeitern und hört bei der Entwicklungshilfe nicht auf. Das erfordert aber auch die Weiterentwicklung der marktwirtschaftlichen Ordnung, um sie auf neue gesellschaftliche Zielsetzungen auszurichten.

Es ist heute schwieriger, die notwendigen Reformen in Angriff zu nehmen, weil 3 Jahre eine Regierung am Ruder war, die uns eine Fülle von Reform-

Ruinen hinterlassen und die Währung zerrüttet hat. Diese Erbschaft bindet unsere Ressourcen weit stärker, als wir es im Interesse einer gekonnten Politik der Reformen wünschen können. Den vollen Umfang dieser Lasten werden wir erst ermessen können, wenn wir nach dem 19. November 1972 ermittelt haben, was die Links-Koalition in der „Kriegskasse“ (Schiller) zurückgelassen hat. In die Vergleichsmasse gehören nicht nur die Defizite von Bahn, Post und Ruhrkohle-AG, sondern auch andere darniederliegende Bereiche wie der öffentliche Personen-Nahverkehr. Die Rechnung für diese verfehlte Politik (Gebühren- und Steuererhöhungen) will die SPD/FDP dem Bürger erst nach den Wahlen präsentieren.

Um so notwendiger ist es, dem Bürger umfassende Informationen über den Stand von Wirtschaft und öffentlicher Hand zu vermitteln und über das, was zu tun ist. Es gibt deshalb keinerlei Rechtfertigung für die Weigerung der Bundesregierung, das am 15. 11. 1972 fällige Sachverständigen Gutachten dem mündigen Bürger und dem Wähler vorzulegen, dem mehr Demokratie versprochen wurde. Auch hier scheut sich die Bundesregierung, dem Wähler reinen Wein einzuschenken.

Die SPD-Legende von den 8 Milliarden DM

Die Bundesregierung erklärt bei der Frage, wie denn die Finanzlage des Bundes sei, immer wieder, Schwierigkeiten könnten nicht entstehen, denn immerhin habe man ja bei der Bundesbank 8 Milliarden DM „stillgelegt“. Diese Argumentation geht zurück auf eine entsprechende Äußerung von Minister Schmidt.

Der Vorsitzende des Haushaltsausschusses im VI. Deut-

schen Bundestag und Mitglied des Ständigen Ausschusses des Parlaments, **Albert Leicht**, hat aus eingehender Kenntnis der Sachlage in folgender Form Kritik an dieser Verschleierung der Wirklichkeit geübt:

2,5 Milliarden Kredite und Geldschöpfung

Hier werden bewußt Äpfel und Birnen vermengt. Mit unrichtigen Behauptungen und demagogisch verfälschten Zahlen soll die wahre Lage der Staatsfinanzen verschleiert werden:

1. In den Jahren 1970 und 1971 hat der Bund eine Konjunkturausgleichsrücklage von insgesamt 2,5 Milliarden DM gebildet, allerdings per Saldo überwiegend durch Aufnahme von Krediten und Geldschöpfung (Münzgewinn). Nur dieser Betrag ist „stillgelegt“.

Keine Reserven aus „stillgelegten“ Geldern

Die Konjunkturausgleichsrücklage nach dem Stabilitätsgesetz darf nur für „zusätzliche“ Ausgaben im Falle einer drohenden Rezession mit Beschäftigungsrisiko verwendet werden. Sie steht also nicht zur Finanzierung normaler Staatsausgaben zur Verfügung.

2. Darüber hinaus unterhält der Bund bei der Bundesbank ein Zentralkonto, eine Art Girokonto, über das alle Einnahmen und Ausgaben des Bundes verbucht werden. Hierauf fließen die täglichen Einnahmen aus Steuern oder Schuld aufnahmen; hieraus werden aber auch die laufenden Gehälter, Renten und fälligen Rechnungen bezahlt. Die Gelder sind also nicht „stillgelegt“.

3. Die Einnahmen und Ausgaben des Bundes haben unterschiedliche Fälligkeiten. Deshalb wechselt der Kontostand täglich um Beträge in Milliardenhöhe.

Nach dem großen Steuertermin der Einkommen- und Körperschaftsteuer hatte der Bund am 22. September 1972 ein Guthaben von 5,9 Milliarden DM. Nur eine Woche später, am 29. 9. 1972, waren es noch 2,8 Milliarden DM. Im nächsten Monat, in dem ebenfalls hohe Steuereinnahmen erzielt wurden, betrug der Stand am 23. Oktober 5,8 Milliarden DM (Höchststand Oktober), am 31. Oktober dagegen nur noch 2,6 Milliarden DM.

Zum Jahresende fließen die Ausgaben verstärkt ab (Weihnachtsgeld, Abschlußrechnungen für Bauvorhaben, Zahlung der Januargehälter noch im Dezember a conto der Rechnung für das nächste Jahr usw.). Der Kontostand wird dann mit Sicherheit (wie auch früher) wieder negativ sein, d. h. der Bund muß wieder einen Überziehungskredit der Bundesbank in Anspruch nehmen.

4. Der jeweilige Stand des Zentralkontos bei der Notenbank besagt hiernach nichts über die Finanzlage des Bundes. Ein zu irgendeinem Stichtag besonders hohes Guthaben kann z. B. auf einer überhöhten Verschuldung des Bundes beruhen, ein Überziehungskredit (sog. Kassenkredit) darauf, daß der Bund die Auflegung einer fälligen und zulässigen Anleihe zeitlich hinausgeschoben hat, um den Kapitalmarkt zu schonen.

Die Bundesregierung hat etwas zu verbergen

Wer gleichwohl mit dem Vorhandensein einer Konjunkturausgleichsrücklage, über die er nicht verfügen kann, oder mit der Höhe des täglich wechselnden Kontostandes bei der Bundesbank den Zustand der Bundesfinanzen zu beweisen versucht, wer also zu falschen Argumenten Zuflucht nimmt, hat etwas zu verbergen.

Ein gutes Erbe in drei Jahren verwirtschaftet

Der wirkliche Zustand der Staatsfinanzen äußert sich darin,

- daß wir in den nur 3 Jahren der Regierung Brandt/Scheel bereits den dritten Finanzminister haben,
- daß der dritte Finanzminister es nicht gewagt hat, eine fortgeschriebene und aufgegliederte Finanzplanung für die Jahre 1973 bis 1976 vorzulegen,
- daß die Neuverschuldung des Bundes in diesem Jahr trotz gewaltiger Steuermehreinnahmen und Steuererhöhungen weit höher ist, als nach dem Urteil der Bundesbank finanz- und konjunkturpolitisch vertretbar,
- daß die Gesamtausgaben des Bundes im ersten Halbjahr 1972 zwar um fast 12% höher, die Ausgaben für die Sachinvestitionen des Bundes, d. h. für mehr Straßen, öffentliche Bauten usw. aber um über 14% niedriger als im ersten Halbjahr 1971 waren, obwohl gerade die Beseitigung der sog. „öffentlichen Armut“, d. h. die Forderung nach mehr Straßen, Schulen und sonstigen öffentlichen Bauten die erklärte Zielsetzung der gegenwärtigen Bundesregierung war,
- daß nach den Beschlüssen der Regierung Brandt/Scheel vom 6. September 1972 die Steuern im nächsten Jahr abermals erhöht werden sollen (1973 um 2 1/2 Milliarden DM, 1974 um 6 1/2 Milliarden DM).

Die Tatsachen und Zahlen beweisen es: die Regierung Brandt/Scheel ist in der Finanzpolitik gescheitert. Sie übernahm im Herbst 1969 von Franz Josef Strauß ein gutes finanzpolitisches Erbe. Sie hat dieses Erbe in nur 3 Jahren verwirtschaftet.

Testimonials I

Mehr als zweihundert Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Kunst, Unterhaltung, Sport, Diplomatie und Gewerkschaften haben sich bisher für Testimonialanzeigen mit folgendem Text zur Verfügung gestellt. „Keine Partei ist ideal. Aber die Erfahrung hat gelehrt, daß von allen Parteien am ehesten die CDU und CSU Fortschritt und Stabilität auf einen Nenner bringen können. Deshalb wählen wir diesmal CDU/CSU.“

Nachstehend ein Auszug der Unterschriftenliste:

Dr. Helmut **Allardt**, Deutscher Botschafter
in Moskau 1967–1972

Dr. Rüdiger **Altmann**, Publizist

Axel von **Ambesser**, Filmregisseur und Schauspieler

Hans Jürgen **Bäumler**, Einkunstläufer

Prof. Dr. Margot **Becke**, Professor für Anorganische
Chemie

Kurt **Bendlin**, Zehnkämpfer

Prof. Dr. Dr. Peter **Berglar**, Arzt und Professor
für Geschichte

Otto **Bindnagel**, Dreher und Betriebsrat
von Daimler-Benz

Willy **Birgel**, Schauspieler

Erich **Blatter**, Laborwerker und Betriebsrat

Grit **Böttcher**, Schauspielerin

Franz **Breunung**, Werkmeister und Betriebsrats-
vorsitzender

Prof. Dr. Wolfgang **Brezinka**, Prof. für Erziehungs-
wissenschaften

Margarete **Buber-Neumann**, Schriftstellerin

Wilhelm **Bungert**, Tennisspieler

Wolf-Diether **Burak**, ASTA-Vorsitzender

Bernhard **Christoffers**, ASTA-Vorsitzender

Prof. D. Dr. Ernst **Dammann**, Prof. für Religions-
geschichte

Prof. Dr. Dr. Alwin **Diemer**, Prof. für Philosophie

Prof. Dr. Jürgen **Domes**, Prof. für Politische
Wissenschaften

Karin **Dor**, Schauspielerin

Prof. Dr. Karl Dietrich **Erdmann**, Prof. für Mittlere
und Neuere Geschichte

Hasso von **Etzdorf**, Deutscher Botschafter in London
1961–1965

Prof. Dr. Hans **Faillard**, Prof. für Physiologische
Chemie

Anneliese **Fleyenschmidt**, Fernsehansagerin

Ulrich **Frank-Planitz**, Chefredakteur

Liesl **Frick**, Sozialarbeiterin

Prof. Dr. Hugo **Friedrich**, Professor für Romanistik

Joachim **Fuchsberger**, Schauspieler

Cornel **Furtwängler**, ASTA-Referent

Conrad **Georg**, Schauspieler

Uschi **Glas**, Schauspielerin

Max **Greger**, Unterhaltungsmusiker

Dr. Volker von **Hagen**, Fernsehjournalist

Huschke von **Hanstein**, Sportpräsident des AvD

Armin **Hary**, Leichtathlet

Jörg **Hebsacker**, Landesjugendsprecher

Jutta **Heine**, Leichtathletin

Prof. Dr. Wilhelm **Hennis**, Prof. für Politische
Wissenschaften

Charlotte von der **Herberg**, Vizepräsidentin
der Europaunion Deutschland

Prof. Dr. Adolf **Heymer**, Prof. für Innere Medizin

Ottmar **Hitzfeld**, Amateur-Nationalspieler

Michael **Holthaus**, Schwimmer

Prof. Dr. Dr. J. Hans D. **Jensen**, Professor
für Theoretische Physik, Nobelpreisträger

Prof. Eugen **Jochum**, Generalmusikdirektor

Michael **Jung**, Studentischer Senator
der Universität Gießen

Prof. Dr. Dr. Ekkehardt **Kaufmann**, Prof. für
Deutsche Rechtsgeschichte

Prof. Dr. Karl Josef **Klauert**, Prof. für Pädagogik
der Lernbehinderten

Dr. Reiner **Klimke**, Dressurreiter

Oskar **Klose**, Sportjournalist

Karl Heinz **Knapstein**, Deutscher Botschafter
in Washington 1962–1969

Erika **Köth**, Kammersängerin
Dr. Rudolf **Krämer-Badoni**, Schriftsteller
Christine **Köster**, Vorarbeiterin und Betriebsrätin
Prof. Dr. Werner G. **Kümmel**, Prof. der Theologie
Prof. Dr. Helmut **Kuhn**, Prof. für Philosophie
Dr. Christian **Kuhnke**, Tennisspieler
Eberhard **Kuhningk**, Schreiner und Betriebsratsvorsitzender
Harald **Leipnitz**, Schauspieler
Ruth **Leuwerik**, Schauspielerin
Hanna **Magen**, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft heimatvertriebener und geflüchteter Frauen
Théodore **Marx**, Maler
Rita **Mechler**, Angestellte und Betriebsrätin
Ingrid **Mickler-Becker**, Leichtathletin
Prof. Karl **Münchinger**, Dirigent des Stuttgarter Kammerorchesters.
Klaus **Neubürger**, Bundesvorstandsmitglied der Deutschen Studentenunion
Rudolf **Noelte**, Regisseur
Heinz **Oestergaard**, Modeschöpfer

Karl Heinz **Övermann**, Betriebsjugendsprecher
Wolfram **von Raven**, Journalist
Herbert **Schade**, Leichtathlet
Alois **Schardt**, Journalist
Prof. Dr. Peter **Scheibert**, Prof. für osteuropäische Geschichte
Hildegard **Schnell**, Stellvertretende Vorsitzende der hessischen Frauenverbände
Wolfgang **Schröder**, Wirtschaftsjournalist
Prof. Dr. Jochen **Staubesand**, Prof. für Anatomie
Dr. Carl Gustav **Ströhm**, Journalist
Prof. Josef **Traxel**, Kammersänger
Hennes **Weisweiler**, Trainer von Borussia Mönchengladbach
Bettina **Wirtz**, Lehrling und Jugendvertreterin
Franz **Wördemann**, Fernseh-Chefredakteur
Rudolf **Woller**, Chefredakteur
Hermann **Würzburger**, Maschinenschlosser und Betriebsratsvorsitzender
Dr. Peter **von Zahn**, Journalist
Otto **Zierer**, Schriftsteller

Testimonials II

Mehr als 50 Persönlichkeiten, die nach der Bildung der Regierung Brandt/Scheel ihre Funktionen und Mandate in der SPD und FDP niederlegten, bekennen sich in folgendem Text zur CDU:

Jahrelang haben wir in der SPD und FDP gearbeitet. Viele Wähler hatten große Hoffnungen auf eine SPD/FDP-Regierung gesetzt. Aber sie hat uns enttäuscht:

- Statt Reformen haben wir Inflation.
- Die Geldentwertung macht die Armen ärmer.
- Die Soziale Marktwirtschaft wird ausgehöhlt.
- Die Radikalen sind im Vormarsch.

Wir kämpfen weiter für unsere politischen Ziele: Für Fortschritt und soziale Gerechtigkeit. Freiheit, Stabilität und Fortschritt garantiert aber heute allein die CDU. Darum bekennen wir uns jetzt zur Politik der CDU – weil wir uns selbst treu bleiben wollen. Helfen Sie mit, der CDU eine regierungsfähige Mehrheit zu verschaffen.

CDU – es bleibt uns keine andere Wahl.

Auszug aus der Unterschriften-Liste

Helmut F. **Bärwald**

SPD-Mitglied
von 1947–1971

ehem. Leiter des Ostbüros beim Parteivorstand
der SPD

Karl **Bayer**

SPD-Mitglied
von 1959–1972

ehem. SPD-MdL in Bayern, Landrat von Grafenau

Siegfried Damas	SPD-Mitglied von 1962–1972	ehem. Ausschußvorsitzender der SPD-Aachen
Ernst von Essen	SPD-Mitglied von 1962–1972	ehem. stellvertretender Vorsitzender der SPD-Salzgitter
Udo Essers	SPD-Mitglied von 1969–1971	ehem. Vorsitzender der SPD-Aachen-Nord
Dr. Helmut Gaiser	FDP-Mitglied von 1957–1971	ehem. Vorsitzender FDP-Nordwürttemberg
Werner von Gierke	SPD-Mitglied von 1957–1971	Ratsherr in Göttingen seit 1968
Hans Joachim Herbst	FDP-Mitglied von 1950–1972	ehem. Vorsitzender der FDP-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag
Ernst Jegelka	SPD-Mitglied von 1948–1971	
Boy Jessen	FDP-Mitglied von 1961–1971	ehem. Vorsitzender der FDP-Fraktion im Kreistag Dithmarschen
Peter Kirchner	SPD-Mitglied von 1960–1970	ehem. Vorstandsmitglied der SPD-Aachen
Horst Erhardt Knoll	FDP-Mitglied von 1954–1970	ehem. FDP-MdL von 1966–1970 in Nordrhein-Westfalen
Peter Michael Koenig	SPD-Mitglied von 1956–1972	SPD-MdB von 1969–1972
Otto Kolb	FDP-Mitglied von 1965–1972	ehem. Sprecher der FDP im Stadtrat Waldbröhl
Prof. Dr. Stanislaw Kubicki	FDP-Mitglied von 1948–1972	ehem. Vorstandsmitglied der Berliner FDP
Prof. Dr. Hanfried Lenz	SPD-Mitglied von 1954–1972	
Harald Lindenau	FDP-Mitglied von 1962–1969	ehem. Vorstandsmitglied der FDP-Kiel
Manfred Lüdorf	FDP-Mitglied von 1962–1970	ehem. Vorsitzender der Jungdemokraten im Oberbergischen Kreis
Dr. Manfred Markwardt	FDP-Mitglied von 1963–1971	ehem. Vorsitzender der FDP im Herzogtum Lauenburg
Georg Märtsch	SPD-Mitglied von 1963–1970	ehem. Vorstandsmitglied der SPD-Heilbronn
Krafft von Metnitz	SPD-Mitglied von 1946–1972	Mitbegründer der Falken
Joachim Metzkes	FDP-Mitglied von 1961–1971	Stadtrat in Gummersbach von 1961–1970
Eva Th. Mielke	FDP-Mitglied von 1955–1971	ehem. Vorstandsmitglied der FDP-Düsseldorf
Johannes Müller	SPD-Mitglied von 1961–1971	ehem. Sicherheitspolitischer Berater der SPD- Bundestagsfraktion und des SPD-Parteivorstandes
Heinz Müller	FDP-Mitglied von 1947–1972	Kreistagsabgeordneter im Rhein-Sieg-Kreis
Felix Peltzer	FDP-Mitglied von 1950–1971	ehem. Vorstandsmitglied der FDP-Aachen-Land

Dr. Konstantin Pritzel	SPD-Mitglied von 1951–1967	ehem. Mitarbeiter des Ostbüros beim Parteivorstand der SPD
Heinz Probandt	FDP-Mitglied von 1960–1971	ehem. Schatzmeister der FDP-Schleswig-Holstein
Erich Radamm	FDP-Mitglied von 1947–1969	ehem. Gemeinderat und Kreistagsabgeordneter in Hildesheim
Wilhelm Repscher	FDP-Mitglied von 1951–1970	ehem. MdL in Nordrhein-Westfalen und Vorstandsmitglied des FDP-Nordrhein-Westfalen
Paul Richter	FDP-Mitglied von 1945–1970	ehem. Vorstandsmitglied der FDP-Hannover
Dr. Heinrich Sahländer	FDP-Mitglied von 1947–1972	ehem. Vorstandsmitglied der FDP-Kiel
Friedhelm Schütz	FDP-Mitglied von 1960–1971	ehem. Vorstandsvorsitzender der FDP-Oberbergischer Kreis
Walter Speckmann	SPD-Mitglied von 1945–1972	Stadtverordneten-Vorsteher in Bad Wildungen 1968–1972
Martin Vollrath	FDP-Mitglied von 1969–1972	ehem. Vorstandsmitglied der FDP-Oberbergischer Kreis, Gemeinderat seit 1969
Dr. Günter Wetzel	SPD-Mitglied von 1945–1972	Staatssekretär a. D.
Herbert Wiedemann	FDP-Mitglied von 1949–1971	ehem. stellvertretender Vorsitzender der FDP-Südbaden
Dr. Reimer Wulf	SPD-Mitglied von 1964–1972	ehem. Stadtverordneter in Marburg

Leitsätze der CDU zur Gesundheitspolitik

Gesundheit ist ein hohes Gut des Menschen und mehr als Freisein von Krankheit.

Im Mittelpunkt unserer gesundheitspolitischen Bemühungen steht der Mensch. Es ist Aufgabe der Gesundheitspolitik, den medizinischen Fortschritt jedem einzelnen ohne Rücksicht auf seine wirtschaftliche Lage zugute kommen zu lassen.

Die CDU bekennt sich zu unserem System der gesundheitlichen Sicherung. Im internationalen Vergleich hat es sich bewährt. Die Sozialisierung des Gesundheitswesens lehnen wir ab.

Es ist die Aufgabe unserer Gesundheitspolitik, Voraussetzungen für die Sicherung und Wiederherstellung der Gesundheit zu schaffen. Maßnahmen der Gesundheitsvorsorge, Krankheitsverhütung und Früherkennung von Krankheiten stehen im Vordergrund unserer Gesundheitspolitik. Hierzu gehören:

- Gesundheitsschutz durch Verhütung von Umweltschäden

- Gesundheitsförderung durch Einrichtungen für Sport, Freizeit und Erholung
- Gesundheitsinformation
- Gesunderhaltung durch Maßnahmen zur Früherkennung von Krankheiten

Jeder ist in der Wahl und Nutzung der angebotenen Einrichtungen und Möglichkeiten des Gesundheitswesens frei. Erst der sinnvolle Gebrauch dieser Möglichkeiten, verbunden mit dem Willen zur Gesundheit und einer dementsprechenden Lebensführung sind in der Lage, den individuell höchstmöglichen Gesundheitszustand zu erreichen. Gesundheit ist nicht denkbar ohne Selbstverantwortung für die Gesundheit.

Die **Gesamtverantwortung für das Gesundheitswesen** liegt beim Staat. Der Staat soll jedoch eigene Leistungen nur solange und insoweit erbringen, wie sie nicht von Dritten erbracht werden können.

Eine wirkungsvolle Gesundheitspolitik bedarf der Beteiligung möglichst vieler Bürger. Bürgerinitiativen, Aktionsgemeinschaften und Vereine im Be-

(Fortsetzung auf Seite 17)

Wachsendes Engagement der Bevölkerung für die CDU

Über 200 000 Bundesbürger haben für die CDU 6 Millionen DM gespendet. Kleine und kleinste Beträge zeigen, daß die Menschen Opfer brachten, um der Mißwirtschaft der Regierung Brandt ein Ende zu setzen. Und um das Land vor dem weiteren Abgleiten in den Sozialismus zu bewahren. Die CDU ist eine Volkspartei, sie braucht die Offenlegung ihres Etats nicht zu scheuen. CDU-Bundes-schatzmeister Kiep schenkte der Öffentlichkeit reinen Wein ein über die Geldquellen, aus denen der Etat der CDU finanziert wird.

2 Mio DM aus kommerziellen Geschäften der Wirtschaftsbetriebe (Münzverkauf, Vermittlungsgeschäfte, Schallplattenverkauf),

15 Mio DM aus Spendeneinkommen,

14 Mio DM aus Wahlkampfkostenerstattung und Mitgliederbeiträgen,

9 Mio DM werden aus weiteren Spenden erhofft und erwartet. Deshalb wird gegenwärtig ein Überbrückungskredit von 10 Mio DM aufgenommen, um den Wahlkampfetat zu finanzieren.

– Über 200 000 Menschen haben 6 Mio DM gespendet („Kleinspender“),

– 1200 Spender haben 9 Mio DM gespendet („Großspender“).

„Kleinspender“

Menschen aus allen Schichten haben der Union gespendet. Von 10 Pfennig-Briefmarken bis zu einigen hundert D-Mark wurden der Union in zahllosen Briefen und über Anzeigencoupons zugeschickt. Allein Rainer Barzels Aufruf „Gemeinsam werden wir es schaffen“ erbrachte Spenden von insgesamt 1,5 Mio DM. Allein in den letzten Wochen

sind fast 2 Mio DM an „Kleinspenden“ eingegangen.

„Großspender“

Mit einem Durchschnittsbetrag von 8000 DM nehmen die Großspender eine bescheidene Größenordnung ein. Auffallend im Gegensatz zu allen Behauptungen von den Industriemillionen, die der CDU angeblich zur Verfügung stehen. In der Bundesrepublik gibt es mehr als 31 435 Unternehmen, die mehr als 1 Mio DM umsetzen. Die Zahl der CDU-Großspender dagegen beträgt 1200.

Gründe für die relativ günstige finanzielle Ausgangsposition der CDU in diesem Wahlkampf:

– Über 400 000 Mitglieder, verstärkte Beitragsdisziplin und größere Bereitschaft zu Spenden seitens der Mitglieder.

– Ein neues in der Praxis bewährtes Konzept für die parteiinterne Arbeitsteilung bei der Spendenwerbung.

– Das gewachsene Engagement weiter Kreise in unserer Bevölkerung für die Politik der CDU/CSU.

– Die Menschen in unserem Land haben erkannt, daß zum politischen Engagement auch die finanzielle Unterstützung der CDU gehört.

Die SPD bemüht sich in diesem Wahlkampf überraschenderweise, Klassenkampfstimmung mit dem Thema Parteienfinanzierung zu erzeugen. Tatsache jedoch ist, daß sie zwei Vorteile in diesem Wahlkampf hat. Sie ist

1. die reiche Partei (120 Mio DM Vermögen gegenüber 7,5 Mio DM Schulden der CDU);
2. die Regierungspartei, die einen großen Teil ihres Wahlkampfeinsatzes zum Null-Tarif erhält; und die einzige Partei, die eine massive Unterstützung durch den DGB zu verzeichnen hat.

Auch SPD wollte Spenden

Alle Parteien haben sich auch diesmal intensiv um Spenden bemüht.

Beispiele:

- Alfred Nau 14. Juli 1972 an die Unternehmer
- Klaus Schütz, der Regierende Bürgermeister von Berlin, im Oktober 1972
- Walter Scheel im September 1972
- der Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen, Riemer, in einem Brief vom 26. Juni 1972.

Da alle Parteien von den Möglichkeiten der Spenden für sie ausgiebigen Gebrauch machen, ist es im Interesse aller demokratischen Parteien falsch, das Spendenwesen zu diffamieren. Wir stellen fest: Eine demokratische Gesellschaft mit demokratischen Parteien zeichnet sich dadurch aus, daß jeder Mitbürger in unserem Lande einer politischen Partei beitreten, sich für sie engagieren und auch ihr im Rahmen seiner Möglichkeiten eine Spende leisten kann.

Wer 10 x lügt . . .

Mit fremden Federn schmückt sich die SPD im Wahlkampf. Es sind vor allem die nachstehend widerlegten Unwahrheiten, mit denen die Sozialdemokraten den Wählern „Erfolge“ vorzugaukeln versuchen:

1. Rentenreform

Wahr ist: das Rentenreformgesetz ist in der Fassung verabschiedet worden, die von der CDU/CSU seit langem vertreten und von der Linkskoalition mehrfach blockiert (24. 6. 71, 16. 3. 72, 21. 6. 72) worden ist.

2. Unfallversicherungsschutz für Kinder, Schüler und Studenten

Wahr ist: die CDU/CSU hat lange vor der Bundesregierung die Initiative zur Einführung der Unfallversicherung für Schüler ergriffen. Der Gesetzentwurf der CDU lag dem Parlament am 28. 4. 1970 vor, während der Regierungsentwurf erst am 30. 10. eingebracht wurde.

3. Kostenlose Vorsorgeuntersuchungen

Wahr ist: Bei der Weiterentwicklung des Krankenversicherungsrechts ist es allein der Initiative der CDU/CSU zu verdanken, daß mit Inkrafttreten des 2. Krankenversicherungs-Änderungsgesetzes vom 21. 12. 1970 erstmalig Vorsorgeuntersuchungen bei Neugeborenen und Kleinkindern und Maßnahmen zur Verhütung von Krankheiten von den gesetzlichen Krankenkassen als Pflichtleistungen anerkannt werden. Der Gesetzentwurf der Bundesregierung sah diese Leistungen nicht vor!

4. Dynamisierung der Kriegsofferrenten

Wahr ist: den ersten Anstoß zur Dynamisierung der Kriegsofferrenten gab die CDU/CSU-Fraktion in ihrem Gesetzentwurf zum 1. Anpassungsgesetz am

13. 11. 1969 (BT-Drucksache VI/69), in dem sie in § 56 die jährliche Berichtspflicht über die wirtschaftliche und soziale Lage der Kriegsoffer forderte, während der später eingebrachte Entwurf der Koalitionsparteien vom 21. 11. 1969 (BT-Drucksache VI/77) keine entsprechende Bestimmung enthielt. Die Dynamisierung ist erst in den Ausschußberatungen zum 1. Anpassungsgesetz gemeinsam von allen drei Fraktionen beschlossen worden.

5. Städtebauförderungsgesetz

Wahr ist: bereits 1965 legte die CDU den Entwurf eines Städtebauförderungsgesetzes vor, auf dem alle späteren Vorlagen aufbauen. Die Regierung Kiesinger bereitete die verfassungsrechtlichen Bedingungen für dieses Gesetz vor. Im Februar 1970 brachte die CDU/CSU einen überarbeiteten Gesetzentwurf ein; erst im März 1970 kam die Regierungsvorlage. Bei den Beratungen des Städtebauförderungsgesetzes konnte die CDU/CSU ihre Vorstellungen weitgehend durchsetzen.

6. Steuerermäßigung durch Wegfall der Investitionssteuer

Wahr ist: als im Jahre 1967 die Mehrwertsteuer eingeführt wurde, ist die Investitionssteuer in das Gesetz aufgenommen worden, um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden. Die Regierung Kiesinger und ihr damaliger Finanzminister Strauß haben in § 30,5 UStG bereits damals festgelegt, daß die Investitionssteuer schrittweise bis 1973 abgebaut wird.

7. Verschärfung des Haftrechts für Serientäter

Wahr ist: das Gesetz wurde beschlossen aufgrund eines Gesetzentwurfes des Landes Rheinland-Pfalz vom 6. 9. 1971 und eines Gesetzentwurfes der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom

7. 9. 1971. Bei der ersten Lesung im Bundestag am 2. 2. 1972 bezeichnete Bundesjustizminister Jahn die Initiativen der CDU als „Geschäft mit der Angst“.

Die SPD behauptet, bis 1973 hätte sie verwirklicht:

8. Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen

Wahr ist: die SPD hat die für Herbst 1970 versprochene „große Lösung“ für die Vermögensbildung bis heute nicht vorgelegt.

Dagegen hat die CDU/CSU bereits im April 1970 den Entwurf des Beteiligungslohngesetzes im Bundestag eingebracht.

9. Reform des Wettbewerbsrechts

Wahr ist: das Kabinett verabschiedete am 14. Mai 1971 einen Änderungsentwurf zum Kartellgesetz, der aber wegen Unstimmigkeiten zwischen den Koalitionsparteien bereits im Wirtschaftsausschuß des Deutschen Bundestages keine Mehrheit fand, obwohl die Koalition zu diesem Zeitpunkt noch über die Mehrheit verfügte.

10. Hochschulrahmengesetz

Die SPD behauptet in ihrem Wahlprogramm, die Bundesregierung habe „erstmalig“ ein Hochschulrahmengesetz vorgelegt, dessen Verabschiedung von der CDU/CSU blockiert worden sei.

Wahr ist: die CDU/CSU hat zuerst einen Gesetzentwurf (29. 1. 71) im Bundestag vorgelegt, die Bundesregierung hat „nachgezogen“ (25. 2. 71). Die SPD hat den Entwurf im Ausschuß 1½ Jahre verschleppt, weil sie in den wichtigsten hochschulpolitischen Fragen durch ideologische Flügelkämpfe handlungsunfähig war. Das Hochschulrahmengesetz ist gescheitert, weil die SPD es ablehnte, im Wissenschaftsausschuß auf die Kompromißlinie v. Dohnanyi einzuschwenken.

Leitsätze der CDU zur Gesundheitspolitik

(Fortsetzung von Seite 10)

reich des Gesundheitswesens und des Sports sind daher zu fördern.

Umweltschutz ist Gesundheitsschutz. Der Umweltschutz muß sich daher in erster Linie an den Einwirkungen von Schadstoffen auf die menschliche Gesundheit orientieren. Die Kontrolle der Umwelt und der Umweltverschmutzer ist zu verstärken, umweltfreundliche Technologien und Produkte sind zu fördern. Die Umweltgestaltung durch Raumordnung, Städtebau und Landschaftspflege ist positiver Umweltschutz und dementsprechend in stärkerem Maße an den Erfordernissen der Gesundheitserhaltung unserer Bevölkerung zu orientieren.

Arbeit und Gesundheit stehen in enger Wechselbeziehung. Der Arbeits- und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz ist auszubauen insbesondere durch

- menschengerechte Ausgestaltung des Arbeitsplatzes
- Ausbau der arbeitsmedizinischen und sicherheitstechnischen Einrichtungen.

Die **ambulante ärztliche und zahnärztliche Versorgung** ist auch in Zukunft durch niedergelassene Ärzte und Zahnärzte in freier und unabhängiger Berufsausbildung sicherzustellen. Regional und strukturell bedingte Lücken in der Versorgung müssen beseitigt werden. Dazu ist die Zusammenarbeit zwischen den Kassenärztlichen Vereinigungen und den Krankenkassenverbänden erforderlich. Für das Gebiet jeder Kassenärztlichen Vereinigung ist eine Bedarfsplanung aufzustellen und die Niederlassung vorzugsweise an den Orten zu fördern, an denen auf Ärzte nicht verzichtet werden kann. Dabei ist der Zusammenschluß von Ärzten zu gemeinsamer Berufsausübung z. B. in Gemeinschaftspraxen und Arzthäusern eine wirkungsvolle Maßnahme. Daneben werden die Gemeinden aufgefordert, die Niederlassung von Ärzten und Zahnärzten zu erleichtern (z. B. Bauland).

Die freie Arztwahl und die ärztliche Schweigepflicht zum Schutz des Patienten sind unabdingbare Prinzipien unserer Gesundheitspolitik.

Die Zusammenarbeit zwischen dem frei praktizierenden Arzt und dem Krankenhaus ist zu verbessern.

Die Krankenhausbehandlung jedes einzelnen Patienten muß sich an der Art seiner Erkrankung unabhängig von seiner wirtschaftlichen Lage orientieren. Daneben soll der Patient die Möglichkeit haben, jede Sonderleistung des Krankenhauses

einzelnen gegen Erstattung der Kosten in Anspruch zu nehmen: Einzelzimmer, Wahlverpflegung und Wahl des Arztes. Die Besuchszeit im Krankenhaus muß sich an der Art der Erkrankung ausrichten. Die Versorgung der psychisch Kranken muß verbessert werden. An der Krankenhausversorgung sollen auch in Zukunft öffentliche, freigemeinnützige und private Krankenhäuser gleichberechtigt mitwirken.

Ziel der **Rehabilitation** ist die Eingliederung bzw. Wiedereingliederung von Behinderten in den Beruf und in die Gesellschaft **unabhängig von der Ursache der Behinderung**. Arbeitsunfähige Behinderte müssen angemessen betreut werden. Dabei fordern wir mit Vorrang Maßnahmen, die dazu führen, den Behinderten in der Familie zu belassen oder wieder in die Familie einzugliedern.

Der **Drogenmißbrauch** darf nicht verharmlost werden. Neben der Behandlung von Suchtkranken haben vorbeugende Maßnahmen besondere Bedeutung.

Wir fordern eine Weiterentwicklung der **sozialen Krankenversicherung** in enger Zusammenarbeit mit den Beteiligten:

- Offenlegung der Leistungen und Ansprüche aller Beteiligten in der gesetzlichen Krankenversicherung;
- Ausbau der kassenzahnärztlichen Versorgung; die Erkenntnisse der zahnärztlichen Wissenschaft müssen allen Patienten zugute kommen;
- Ausbau der von der CDU eingeleiteten Maßnahmen der Krankheitsfrüherkennung; stufenweise sind weitere gezielte Untersuchungen zur Früherkennung von Krankheiten in den Katalog der Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung aufzunehmen. Die Altersbegrenzung bei Krebsvorsorgeuntersuchungen muß entfallen.

Neben diesen Maßnahmen zur Verringerung der Krankheitshäufigkeit und -dauer wollen wir durch folgende Maßnahmen dafür sorgen, daß sich die Beitragsbelastung für die Krankenversicherung in wirtschaftlich vertretbaren Grenzen hält:

Maßnahmen zur Verbesserung der Effektivität des Gesundheitssystems durch

- Verbesserung der inneren Struktur der Krankenhäuser (z. B. leistungsgerechte Beteiligung der Mitarbeiter an den Privatliquidationserlösen, leistungsgerechter Pflegesatz);
- Ausbau moderner Organisationsformen in der freien ärztlichen Praxis unter Wahrung des persönlichen Vertrauensverhältnisses von Arzt und Patient;

- Wirksamkeitsprüfung von Arzneimitteln und Einschränkung der Werbung;
- rationellere Organisationsformen in der gegliederten gesetzlichen Krankenversicherung unter Berücksichtigung der Regionalplanung;
- verstärkte Kooperation der Ärzte, der Krankenhäuser, der pharmazeutischen Industrie und der Krankenversicherung (z. B. Bildung von gemeinsamen Kommissionen);
- Neuregelung der Krankenversicherung der Rentner, insbesondere eine gerechtere Verteilung der Lasten im System der sozialen Sicherung.

Justizpolitisches Programm der CDU

Der Bundesarbeitskreis Christlich-Demokratischer Juristen (BACDJ) hat in Hannover unter Vorsitz von Friedrich Vogel einstimmig und ohne Enthaltungen ein Justizpolitisches Programm der CDU beschlossen. Es ist eine Ausfüllung und Weiterführung der Ziffern 119 und 120 des Berliner Programms der CDU. Hier eine Zusammenfassung der wesentlichen Programmpunkte:

A. Grundlagen und Leitgedanken

- 1. Grundlagen der Rechts- und Justizpolitik:** Wert- und Strukturordnung des Grundgesetzes, kein Mißbrauch zur ideologischen Umwandlung der Gesellschaft; Gesetzgeber muß gesellschaftliche Konflikte lösen.
- 2. Leitgedanken für die Rechts- und Justizpolitik:** echte Reformen auf den Gebieten des Rechts, des Rechtskundeunterrichts, der Verfahrensgesetze, der Organisation der Justiz, der Juristenausbildung und des Richteramtsrechts nötig.
- 3. Reform nach Augenmaß,** wirklichkeitsnah und von betonter Sorgfalt; kontinuierliche Fortentwicklung auf dem Boden erforschter Tatsachen.

B. Folgerungen für die Rechts- und Justizpolitik

- 1. Verbesserung des materiellen Rechts** im Wege der Gesetzgebung.
- 2. Forderungen des allgemeinen Rechtsbewußtseins:** verfassungskonformer Rechtskundeunterricht in Schule und Erwachsenenbildung; mehr

Auskunft und Rat in Rechtssachen durch Anwälte für wirtschaftlich schwächere Bürger.

- 3. Strafrechtspflege und Strafvollzug:** größtmöglicher Schutz vor Verbrechen; Minderheitenschutz ebenso wie Schutz der Mehrheit vor Terror radikaler Minderheiten;
mehrere gleichgewichtige Ziele des Strafvollzugs, Förderung der Entlassenenhilfe; Verbesserung von Amtsrecht und Ausstattung der Staatsanwaltschaft; Beschleunigung der Strafverfahren, insbesondere bei Kleinkriminalität, zentrale Stelle für kriminologische Forschung, Vermeidung von Fehlurteilen.
- 4. Justizreform – ein Persönlichkeitsproblem:** Verbesserung des Richteramtsrechts, Mitwirkung an Personalentscheidungen; angemessene selbständige Stellung im öffentlichen Besoldungsgefüge.
- 5. Verbesserung der Ausbildung:** Grundzüge möglichst bundeseinheitlich, gleicher Werdegang mit gemeinsamen praxisnahen Prüfungen, die Leistungsgrundsatz entsprechen; stärkere Einbeziehung außerrechtlicher Wissenschaften.
- 6. Rechtspfleger:** Anhebung von Leistungsstand, Ausbildung und Besoldung; Prüfung, ob und wann besonders geeigneten Rechtspflegern über angemessenes Ergänzungsstudium Möglichkeit gegeben wird, Richter oder Staatsanwalt zu werden.
- 7. Rechtsanwälte und Notare:** ebenfalls freiheitlich-demokratischer Grundordnung verpflichtet, Beibehaltung der Zuordnung der Anwälte zu bestimmten Gerichten; leistungsgerechte Anwaltsgebühren.
- 8. Vereinheitlichung der Rechtspflege** durch Rechtspflegeministerien in Bund und Ländern, allgemeines Gerichtsverfassungsgesetz, weitgehende Vereinheitlichung des Verfahrensrechts und Verbesserung der gerichtlichen Verfahren.
- 9. Organisation der ordentlichen Gerichte:** Neuordnung der Zuständigkeiten von Amts- und Landgerichten, Errichtung erstinstanzlicher Familiengerichte, Verringerung unterschiedlicher Spruchkörper in Strafsachen, Auflösung nicht leistungsfähiger Gerichte, grundlegende Änderung des Aufbaus der ordentlichen Gerichtsbarkeit nur dann in Betracht zu ziehen (Einführung der Dreigliedrigkeit), wenn dadurch dem Rechtsschutz des Bürgers bei vertretbarem Aufwand besser gedient werden kann; diese Voraussetzungen bisher nicht nachgewiesen.

10. Erhebliche bessere **Ausstattung** der Justizbehörden.
11. Gemeinsame, alle Rechtsformmaßnahmen begleitende, umfassende **Rechtstatsachenforschung** in eigener wissenschaftlicher Einrichtung durch Bund und Länder zur Gewinnung von empirisch belegtem Ausgangsmaterial.

C. Maßnahmen zur baldigen Verbesserung der Rechtspflege

1. **Familiengerichte:** Zuständigkeit für Ehesachen und ehebezogene Verfahren (z. B. elterliche Gewalt, Unterhalt und Hausratsstreitigkeiten) beim Amtsgericht zusammenfassen und durch Gesetz besonders qualifizierten und erfahrenen Familienrichtern übertragen; Einführung des Anwaltzwangs am Amtsgericht in Familienrechts- und Kindschaftssachen.
2. **Zuständigkeiten in Zivilsachen:** grundsätzlich erstinstanzliche Zuständigkeit der Zivilkammer, Erhöhung der Streitwertgrenze in Vermögenssachen bei Amtsgericht auf etwa DM 3000,—.
3. **Stellung des Einzelrichters:** Erweiterung der

Befugnisse des Einzelrichters am Landgericht und Oberlandesgericht.

4. **Erhöhung der Berufungssumme** von DM 200,— auf DM 500,—, der Beschwerdesumme von DM 50,— auf DM 100,—.
5. **Verbesserung der Revision** durch ein Gesetz, das den Bundesgerichtshof stärker auf Sicherung einer einheitlichen Rechtsprechung und Fortentwicklung des Rechts konzentriert; Einführung der Revision zivilrechtlicher Amtsgerichtsurteile.
6. **Strafgerichtsverfassung:** Abschaffung des erweiterten Schöffengerichts; Strafkammerverfassung für Schwurgericht, Besetzung mit 3 Berufsrichtern auf Lebenszeit und 2 Schöffen.
7. **Rechtsmittel und Wiederaufnahme im Strafverfahren:** weitere Forschungen vordringlich.
8. **Beschleunigung der gerichtlichen Verfahren:** Reformmaßnahmen vordringlich.
9. **Verbesserung des Gerichtsorganisation:** Landesgesetzgebung sollte Verbesserung der Gerichtsorganisation fortsetzen.
10. **Bildung von Rechtspflegeministerien:** durch Änderung des Arbeitsgerichtsgesetzes.

■ Informationen

Prof. Steinbuch bricht mit der SPD

(Fortsetzung von Seite 3)

findet und diffamierte Negativgruppen in ihre Strategie einplant.

3. Ich schrieb im Frühjahr dieses Jahres zwei offene Briefe an den Herrn Bundeskanzler, in denen ich ihm meine Sorge um die ideologische Aushöhlung unseres Staates vortrug. Ich wandte mich deshalb an ihn, weil ich ihn für politisch sensibel hielt. Die Antworten zeigten mir jedoch, daß der Herr Bundeskanzler die ideologischen Veränderungen in unserem Lande entweder nicht wahrnimmt oder sie aber in Kauf nimmt.

4. Den gegenwärtigen Wahlkampf der SPD halte ich für wi-

derlich. Von dem unbewiesenen Korruptionsvorwurf bis zur Aktivierung primitiver Klassenkampfemotionen („das große Geld“) und der Absicht, die „Betriebe zu mobilisieren“ und zu „holzen“. Typische Wahlreden (von Helmut Schmidt bis Günter Grass) sind von unerträglicher demagogischer Leichtfertigkeit. Ich hoffe einst, die SPD würde Irrationalität und Hemmungslosigkeit der politischen Auseinandersetzungen verringern; nun aber entwickelte sie sich zu dem Übel, dessen Beseitigung ich von ihr erhoffte.

5. Schließlich alarmieren mich die mehrfach geäußerten Vermutungen, daß — wenn Willy Brandt nicht wieder gewählt würde — revolutionäre Umtriebe zu erwarten seien. Der entscheidende Vorzug unseres demokra-

tischen Systems besteht aber darin, daß je nach Ausgang freier und geheimer Wahlen bestimmte Parteien die Regierung übernehmen. Wenn dieser Mechanismus aber schon nach drei Jahren Regierung Brandt gefährdet ist, wie soll es dann erst nach einer weiteren Wahlperiode werden? Ich meine, zur Erhaltung der Demokratie in unserem Land muß man eine solche Entwicklung verhindern und rasch für Ablösung sorgen.

Ich habe mich einst für die SPD engagiert, kann dies aber gegenwärtig nicht tun. Wenn es wieder eine glaubwürdige SPD gibt, die Verantwortung für alle trägt und demokratische Spielregeln auch dann respektiert, wenn sie zu ihren Ungunsten wirken, dann kann sie wieder mit mir rechnen.“

Barzel zum Grundvertrag

Die Union war und ist zu Verhandlungen und Vereinbarungen mit der DDR bereit. Ziel dieser Verhandlungen muß sein, dem Auftrag des Grundgesetzes für Deutschland als Ganzes zu dienen und konkrete Verbesserungen für die Menschen zu bringen.

Der jetzt ausgehandelte Grundvertragstext nebst seinen Anlagen und Beigaben bedarf sorgfältiger Prüfung, die durch die Union erfolgen wird. Diese Prüfung darf nicht von dem Zeitdruck und der Hektik des Wahlkampfes beeinflusst werden, unter die die Bundesregierung die Verhandlungen selbst hat kommen lassen. Für Deutschland als Ganzes steht zu viel auf dem Spiel.

Die Prüfung ist auch im Hinblick auf die Schwierigkeiten und die Unstimmigkeiten notwendig, die sich in jüngster Zeit aus der praktischen Handhabung der Vereinbarungen mit der DDR und den Zusagen aus Ost-Berlin ergeben haben. Es ist selbstverständlich, daß wir – wie beim Berlin-Abkommen – auf eine sorgfältige Prüfung und Beratung der Vertragstexte mit unseren Verbündeten Wert legen.

Die Paraphierung des vorliegenden Grundvertragstextes bedeutet vorerst nur den Schlußpunkt unter das bisherige Verhandlungsergebnis. Sie bedeutet aber keine Unterschrift und bringt auch keine Bindung einer künftigen Regierung oder des neuen Bundestages mit sich. Weder ihre Freiheit noch ihre Verantwortung werden mit der Paraphierung eingeschränkt.

Im Sinne des Stufenplanes der Union für Freizügigkeit im geteilten Deutschland werden wir vor allem prüfen, ob der Grundvertragstext weit genug geht, hinreichend verbindlich ist und die Entwicklungsmöglichkeit für weitere Verbesserungen der Lage der Menschen im geteilten Deutschland einschließt.

Die Union wird die Prüfung auch und nicht zuletzt unter dem Gesichtspunkt vornehmen, ob dieser Vertrag entgegen den unglaublich wirkenden Bekundungen des Bundeskanzlers, daß er niemals die DDR völkerrechtlich anerkennen wolle, ein weiterer Schritt auf dem Wege zur völkerrechtlichen Anerkennung und damit der Legitimierung der Spaltung Deutschlands bedeutet.

Hinweis

Bei der Wahl am 19. 11. kommt es auf jede Stimme für die Union an. Viele Stimmen könnten verlorengehen, wenn älteren und gehbehinderten Mitbürgern nicht von den Parteimitgliedern geholfen wird.

In Altersheimen und Krankenhäusern, aber auch in Familien werden viele gerne die rechtzeitig angebotene Transporthilfe in Anspruch nehmen. Dabei ist

es wichtig, nicht nur den Transportdienst, der vom CDU-Ortsverband organisiert wird, in Zeitungsanzeigen bekanntzugeben und auf die Anrufe der gehbehinderten Mitbürger zu warten. Besonders an die Geschäftsleute, die im Geschäft mit ihren Kunden sprechen können, richtet sich unsere Bitte zu fragen, ob in der Familie oder im Bekanntenkreis des Kunden jemand ist, dem durch ein Angebot des Transportes zum Wahllokal dazu verholfen werden kann, seine Stimme abzugeben.

Ich weiß, daß die deutsche Arbeitnehmerschaft nicht bereit ist, sich als eine Klassenkampfarmee für gescheiterte Politiker mißbrauchen zu lassen.

Dr. Rainer Barzel

Ohne Anstrengungen wird es nicht gehen, unseren Plan zu verwirklichen: im ersten Jahr die Inflation zu stoppen, im zweiten Jahr die Inflation zu überwinden und im dritten Jahr Stabilität herbeizuführen.

Dr. Rainer Barzel

Was heißt denn „Bremsfunktion“ der FDP? „Bremsfunktion“ heißt doch bloß, daß der Zug auf dem falschen Gleis am falschen Bahnhof etwas später ankommt.

Franz Josef Strauß

Wenn Helmut Schmidt sagt: Wir müssen 5% Inflation in Kauf nehmen, um die Vollbeschäftigung zu erhalten, dann kann man bald sagen: Lieber 7% Inflation als 7% Arbeitslosigkeit, und in einigen Jahren: lieber 10% Inflation als 10% Arbeitslosigkeit. Selbst Helmut Schmidt sollte wissen, daß die von ihm genannten Länder mit größerer Arbeitslosigkeit sie deshalb bekommen haben, weil langanhaltende, hohe Inflationsraten dort die Arbeitsplätze gefährdet und die Sicherheit der Arbeitsplätze vermindert haben. Wenn man sagt: Du mußt die Inflation in Kauf nehmen, damit du nicht arbeitslos wirst, dann handelt man genauso wie ein Kurpfuscher, der sagt: Meine Behandlung hat dir zwar die Tuberkulose gebracht, aber dafür kriegst du zum Ausgleich keinen Keuchhusten.

Franz Josef Strauß

Die alte Finanzplanung hat den Stellenwert von Grimms Märchen, weil sie total überholt ist.

Franz Josef Strauß

Die Kandidaten der CDU/CSU

Rheinland-Pfalz

Landesliste (Fortsetzung)

28. Ernst **Wagner**, Wittlich-Wengerohr
29. Julius **Divivier**, Ramstein/Kaiserslautern
30. Walter **Mallmann**, Simmern/Rhein-Hunsrück
31. Willi **Engelbreit**, Frankenthal
32. Dr. med. Helga **von Kügelgen**, Bad Kreuznach
33. Graf Albrecht **von Krockow**, Föhren/Trier-Saarburg
34. Edmund **Buchholz**, Krumscheid/Neuwied
35. Walter **Kaiser**, Lambrecht/Bad Dürkheim
36. Erich **von Baumbach**, Ingelheim/Mainz-Bingen
37. Ingrid **Merk**, Daun-Pützborn
38. Heinz **Brauckmann**, Wincheringen/Trier-Saarburg
39. Eugen Josef **Englert**, Kuhardt/Germersheim
40. Dr. Ewald **Thul**, Koblenz
41. Ulrich **Brötz**, Hahnstätten/Rhein-Lahn

Direktkandidaten

Wahlkreis

- 148 Neuwied: Rudolf **Müller**
- 149 Ahrweiler: Johann Peter **Josten**
- 150 Koblenz: Dr. Egon A. **Klepsch**
- 151 Cochem: Klaus **Bremm**
- 152 Kreuznach: Elmar **Pieroth**
- 153 Bitburg: Dr. Alois **Mertes**
- 154 Trier: Dr. Carl-Ludwig **Wagner**
- 155 Montabaur: August **Hanz**
- 156 Mainz: Johannes **Gerster**
- 157 Worms: Dr. Richard v. **Weizsäcker**
- 158 Frankenthal: Dr. Karl-Martin **Graß**
- 159 Ludwigshafen: Dr. Norbert **Blüm**
- 160 Neustadt-Speyer: Dr. Georg **Gölter**
- 161 Kaiserslautern: Dr. Jürgen **Todenhöfer**
- 162 Pirmasens: Dr. Werner **Marx**
- 163 Landau: Albert **Leicht**

Baden-Württemberg

Landesliste

1. Dr. h. c. Kurt-Georg **Kiesinger**, Tübingen
2. Prof. Dr. Ludwig **Erhard**, BN-Bad Godesberg
3. Prof. Dr. Gerhard **Zeitel**, Hohensachsen

4. Kurt **Wawrzik**, Mannheim
5. Dr. Herbert **Czaja**, Stuttgart
6. Karl **Weber**, Heidelberg
7. Dr. Isidor **Früh**, Bad Waldsee
8. Siegbert **Alber**, Stuttgart 80
9. Egon **Susset**, Wimmental
10. Gerold **Benz**, Karlsruhe
11. Franz **Sauter**, Epfendorf
12. Dr. Paula **Riede**, Öffingen
13. Kurt **Härzschel**, Schopfheim
14. Martin **Schetter**, Sulzbach/Murr
15. Ingeborg **Häckel**, Heidelberg-Boxberg
16. Graf Alois v. **Waldburg-Zeil**, Ratzenried
17. Dr. Paul **Laufs**, Stuttgart 1
18. Dr. Ingrid **Obermüller-Kochs**, Konstanz
19. Alois **Burger**, Unterschüpf
20. Barbara **Roth**, Maichingen
21. Heinrich **Meyer**, Rottweil
22. Frauke **Weller** Korntal
23. Wendelin **Ruf**, Oberkirch-Butschbach
24. Dr. Wolfgang **Walter**, Mannheim
25. Franz **Rebstock**, Ravensburg-Gullen
26. Ludwig **Bilger**, Aalen
27. Eberhard **Fuhr**, Stetten am kalten Markt
28. Dr. Theodor **Sautter**, Bad Honnef
29. Elisabeth **Eisenhauer**, Karlsruhe
30. Theo **Götz**, Pfullingen
31. Hermann **Mühlbeyer**, Bad Friedrichshall
32. Werner **Dörflinger**, Tiengen
33. Anette **Dörzenbach**, Mosbach
34. Dr. Peter **Steinle**, Murrhardt
35. Walter **Penther**, Sigmaringen
36. Felicitas **Hauser**, Ulm (Donau)
37. Lothar **Fischer**, Schwandorf
38. Manfred **Pfaus**, Hettingen
39. Karl **Schweizerhof**, Tübingen
40. Helmut **Walther**, Ludwigsburg
41. Burkhard **Herzig**, Bühlertal
42. Annemarie **Engelhardt**, Aalen
43. Jörg **Rauscher**, Karlsruhe
44. Anton **Eltrich**, Weingarten
45. Elly **Weinmann**, Schwaigern
46. Dr. Conrad **Schröder**, Freiburg
47. Karlheinz **Neser**, Obrigheim
48. Hannelore **Lehr**, Bernhausen
49. Arthur **Angele**, Ribegg
50. Helga **Epple**, Schwaigern
51. Dr. Wilhelm **Hennis**, Freiburg

52. Karl **Gehrig**, Leimen
53. Guido **Fleischer**, Stuttgart 1
54. Adalbert **Droullier**, Tuttlingen
55. Hans-Michael **Ramminger**, Freiburg
56. Dr. Friedrich **Ruth**, Bonn-Bad Godesberg
57. Dr. Günter **Stricker**, Weinheim
58. Günther **Kowalkowski**, Reutlingen-Betzingen
59. Horst **Bornmann**, Freiburg

Direktkandidaten

Wahl-
kreise

- 164 Stuttgart I: Wolfgang **Fahr**
- 165 Stuttgart II: Martin **Wurm**
- 166 Stuttgart III: Siegbert **Alber**
- 167 Ludwigsburg: Prof. Dr. Wilhelm **Walter**
- 168 Heilbronn: Egon **Susset**
- 169 Leonberg-Vaihingen: Peter **Petersen**
- 170 Nürtingen-Böblingen: Dr. Anton **Stark**
- 171 Esslingen: Thomas **Ruf**
- 172 Göppingen: Dr. Manfred **Wörner**
- 173 Ulm: Herbert **Werner**
- 174 Aalen-Heidenheim:
Prof. Dr. Manfred **Abelein**
- 175 Schwäbisch Gmünd-Backnang:
Dieter **Schulte**
- 176 Crailsheim: Dr. Philipp **Jenninger**
- 177 Waiblingen: Dr. Paul **Laufs**
- 178 Karlsruhe: Gerold **Benz**
- 179 Mannheim I: Kurt **Wawrzik**
- 180 Mannheim II: Prof. Dr. Gerhard **Zeitel**
- 181 Heidelberg-Stadt: Karl **Weber**
- 182 Pforzheim-Karlsruhe Land I:
Dr. Lutz Georg **Stavenhagen**
- 183 Bruchsal-Karlsruhe-Land II:
Dr. Helmut **Artzinger**
- 184 Heidelberg-Land-Sinsheim: Fritz **Baier**
- 185 Tauberbischofsheim: Dr. Karl **Miltner**
- 186 Konstanz: Hermann **Biechele**
- 187 Donaueschingen: Dr. Hans-Jörg **Häfele**
- 188 Waldshut: Dr. Kurt-Georg **Kiesinger**
- 189 Lörrach-Müllheim: Dr. Heinz **Eyrich**
- 190 Freiburg: Dr. Hans **Evers**
- 191 Emmendingen-Wolfach: Albert **Burger**
- 192 Offenburg: Dr. Wolfgang **Schäuble**
- 193 Rastatt: Dr. Hugo **Hauser**
- 194 Reutlingen: Anton **Pfeifer**
- 195 Calw: Dr. Helmut **Prassler**
- 196 Rottweil: Dr. Bruno **Heck**
- 197 Balingen: Dr. Hermann **Schwörer**
- 198 Biberach: Eugen **Maucher**
- 199 Ravensburg: Klaus **Jäger**

Bayern

Landesliste

1. Dr. h. c. Franz Josef **Strauß**, Rott am Inn
2. Richard **Stücklen**, Weißenburg i. Bay.
3. Dr. Werner **Dollinger**, Neustadt/Aisch
4. Ursula **Schleicher**, München 19
5. Dr. Theo **Waigel**, München 23
6. Franz **Geisenhofer**, München 5
7. Dr. Richard **Jaeger**, Dießen/Ammersee
8. Hermann **Höcherl**, Brennbürg
9. Leo **Wagner**, Günzburg
10. Karl Heinz **Spilker**, Coburg
11. Dr. Walter **Becher**, Pullach
12. Ignaz **Kiechle**, Reiharts
13. Dr. Oscar **Schneider**, Nürnberg
14. Dr. Erich **Riedl**, München 70
15. Dr. Jürgen **Warnke**, Selb
16. Dr. Rinhold **Kreile**, München 19
17. Dr. Heinz **Starke**, Bayreuth
18. Dr. Günther **Müller**, München 71
19. Siegfried **Zoglmann**, Düsseldorf
20. Albert **Schedl**, Regensburg
21. Dr. Fritz **Wittmann**, München 50
22. Erich **Ziegler**, Würzburg
23. Hans **Roser**, Pappenheim
24. Peter **Schmidhuber**, München 60
25. Dr. Gisbert **Kley**, München-Solln
26. Ursula **Krone-Appuhn**, Ottobrunn
27. Roland **Cantzler**, Nürnberg
28. Dr. Klaus **Rose**, Vilshofen
29. Dr. Sigmund **Holler**, Bonn
30. Ursula **Männle**, München 55
31. Bernd **Kränzle**, Augsburg
32. Willi **Liebhaber**, Hof/Saale
33. Dr. Gustav **Matschl**, München 82
34. Otto **Menth**, Rittershausen
35. Herbert **Prochazka**, Pocking
36. Franz **Weig**, Albertsrieth
37. Ludwig **Meyer**, Salzburg
38. Hans **Oberpaul**, Taufkirchen
39. Heinrich **Reichhold**, Roding
40. Ursula **Grille**, Erlangen
41. Heinz **Broschell**, München 19
42. Josef **Klein**, Bad Windsheim
43. Wolfgang **SpieBl**, Stamsried
44. Hans Graf **Huyn**, Bonn/Rhein
45. Friedrich **Schmid**, Straubing
46. Maren **Günther**, München 2
47. Hans **Spitzner**, Parsberg
48. Dr. Rupert **Wittek**, Erlangen
49. Georg **Singer**, Nürnberg
50. Eberhard **Gold**, Erding
51. Ernst **Kerl**, Roding
52. Hildegard **Anke**, Regensburg

Bundestagskandidaten

53. Hans **Baumann**, Lichtenfels
54. Manfred **Dumann**, Reichertshofen
55. Manfred **Humbs**, Schwandorf
56. Erich **Kammel**, München
57. Bernhard **Danschacher**, München 83
58. Manfred **Schmidt**, Erding-Klettham
59. Dr. Rita **Stephan**, Baldham
60. Dr. Max **Wolf**, Regensburg
61. Dr. Heinz **Pollwein**, Griesbach
62. Alfred **Mechtersheimer**, Vaterstetten
63. Prof. Dr. Johannes **Stephan**, Bad Wiessee
64. Dr. Leo **Melian**, Gauting
65. Hans **Dorn**, Lindenberg
66. Wolfram **Ruhenstroth**, München-Solln
67. Dr. Dietrich **Geißler**, Freilassing
68. Freiherr Wilhelm **von Linden**, Baldingen
69. Hans Joachim **Schian**, München 40
70. Richard **Bauer**, Wunsiedel
71. Hans Jürgen **Frank**, Naila

Direktkandidaten

Wahl-
kreis

- 200 Altötting: Karl-Heinz **Spilker**
- 201 Fürstenfeldbruck: Richard **Jaeger**
- 202 Ingolstadt: Karl-Heinz **Gierenstein**
- 203 Miesbach:
Franz Ludwig **Graf von Stauffenberg**
- 204 München-Mitte: Hans **Klein**
- 205 München-Nord: Dr. Fritz **Wittmann**
- 206 München-Ost: Dr. Gustav **Matschl**
- 207 München-Süd: Dr. Erich **Riedl**
- 208 München-West Peter **Schmidhuber**
- 209 München Land: Dr. Albert **Probst**
- 210 Rosenheim: Dr. Ludwig **Franz**
- 211 Traunstein: Matthias **Engelsberger**
- 212 Weilheim: Franz Josef **Strauß**
- 213 Deggendorf: Franz **Händlos**
- 214 Landshut: Dr. Fritz **Zimmermann**
- 215 Passau: Dr. Karl **Fuchs**
- 216 Straubing: Alois **Rainer**
- 217 Pfarrkirchen: Dr. Fritz **Kempfler**
- 218 Amberg-Neumarkt i. d. Opf.:
Dr. Heinrich **Aigner**
- 219 Burglengenfeld: Dr. Dionys **Jobst**
- 220 Regensburg: Hermann **Höcherl**
- 221 Tirschenreuth: Dr. Max **Kunz**
- 222 Bamberg: Paul **Röhner**
- 223 Bayreuth: Dr. Heinz **Starke**
- 224 Coburg: Albert **Schedl**
- 225 Kulmbach: Lorenz **Wiegand**
- 226 Hof: Dr. Jürgen **Warneke**
- 227 Ansbach: Karl Dieter **Spranger**
- 228 Erlangen: Hans **Roser**
- 229 Fürth: Dr. Werner **Dollinger**

- 230 Nürnberg-Nord: Dr. Oscar **Schneider**
- 231 Nürnberg-Süd: Roland **Cantzler**
- 232 Weißenburg: Richard **Stücklen**
- 233 Aschaffenburg: Paul **Gerlach**
- 234 Bad Kissingen: Alex **Hösl**
- 235 Karlstadt: Alfred **Biehle**
- 236 Schweinfurth: Dr. Max **Schulze-Vorberg**
- 237 Würzburg: Linus **Memmel**
- 238 Augsburg: Anton **Ott**
- 239 Augsburg-Land: Dr. Walter **Althammer**
- 240 Donauwörth: Karl-Heinz **Lemmrich**
- 241 Neu Ulm: Leo **Wagner**
- 242 Kaufbeuren: Hans August **Lückner**
- 243 Kempten: Ignaz **Kiechle**

Saarland

Landesliste

1. Dr. Franz Josef **Röder**, Saarbrücken
2. Werner **Ferrang**, Neunkirchen
3. Kurt **Thürk**, Saarbrücken
4. Doris **Pack**, Bübingen
5. Franz Josef **Conrad**, Riegelsberg
6. Karl **Stübinger**, Saarbrücken
7. Hermann **Steitz**, Jägersburg
8. Prof. Dr. Walter **Walisch**, Völklingen
9. Alfred **Wilhelm**, Hülzweiler
10. Günther **Schirra**, Hüttigweiler
11. Alois **Stollhof**, Saarbrücken
12. Karl **Reiter**, Dillingen
13. Inge **Schwarz**, Gersweiler
14. Alfred **Klein**, Kirkel
15. Felix **Neis**, Eisweiler
16. Fritz **Kuhn**, Schwemlingen
17. Franz **Dorscheid**, Bildstock
18. Werner **Schreiber**, Gersweiler
19. Karl **Sommer**, Körprich
20. Nikolaus **Hennrich**, Überherrn
21. Hiltrud **Arweiler**, Dillingen
22. Servatius **Blatt**, Blieskastel-Lautzkirchen
23. Eberhard **Backes**, Friedrichsthal
24. Fred **Kreutz**, Saarbrücken
25. Gerhard **Dilk**, Bliesen
26. Wilfried **Naumann**, Dudweiler
27. Kurt **Peters**, Perl
28. Werner **Heyd**, Hassel
29. Raimund **Seiwert**, Oppen
30. Gerhard **Scherschel**, Lauterbach
31. Lieselotte **Steffenski**, Saarlouis
32. Günter **Wolter**, Niederwürzbach

Bundestagskandidaten

Direktkandidaten

Wahlkreis

- 244 Saarbrücken-Stadt: Rudolf **Dadder**
245 Saarbrücken Land: Franz Lorenz **von Thadden**
246 Saarlouis: Josef **Schmitt**
247 Ottweiler: Werner **Zeyer**
248 Ingbert: Dr. Hubert **Rohde**

Berlin

1. Franz **Amrehm**
2. Liselotte **Berger**
3. Jürgen **Wohlrabe**
4. Johannes **Müller**
5. Gerhard **Kunz**

6. Dr. Johann Baptist **Gradi**
7. Dr. Klaus-Peter **Schulz**
8. Liselotte **Pieser**
9. Günter **Strassmeier**

Ersatzkandidaten

1. Klaus **Landowsky**
2. Rudolf **Luster**
3. Dr. Gerhard **Fritz**
4. Gerhard **Dewitz**
5. Jeß **Andersen**
6. Dietmar **Nobiling**
7. Hubert **Rösler**
8. Nikola **Greiff**
9. Gerhard **Hain**
10. Hartmut **Röseler**
11. Hilde **Ribbe**
12. Jürgen **Matthes**

Kosten für das Bundeskanzleramt verdreifacht

Gegenüber 1965 haben sich die für das Bundeskanzleramt für 1972 beantragten Ausgaben mehr als verdreifacht. Dies geht aus der folgenden Tabelle hervor. Der Vergleich der Zahlen leidet etwas darunter, daß zwischenzeitlich der Aufbau des Bundeshaushalts in einzelnen Positionen geändert wurde. So kommt es, daß die Ausgabenansätze bei den drei Positionen für Verwaltungszwecke, für Mieten und Pachten und für Unterhaltung der Grundstücke nicht voll vergleichbar sind. Dadurch wird der Gesamteindruck, den die Zahlen der Tabelle geben, nicht wesentlich beeinträchtigt. Anzumerken ist noch, daß die Zahlen von 1965 Ist-Zahlen sind, die für 1969 und für 1972 Soll-Zahlen sind.

	1969	1972	1965
Bezüge des Bundeskanzlers, des Bundesministers für besondere Aufgaben und des Staatssekretärs	198 000	369 000	} 2 532 579
Dienstbezüge, Zulagen und Zuwendungen der planmäßigen Beamten	3 971 000	7 762 700	
Vergütungen für Angestellte	1 377 600	3 075 000	813 965
Löhne der Arbeiter	494 800	1 095 700	312 745
Geschäftsbedarf	40 000	108 000	40 027
Post- und Fernmeldegebühren	215 000	475 000	311 210
Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für Verwaltungszwecke	128 000	359 600	9 682
Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	117 000	342 200	
Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Aufgaben	230 000	421 700	211 422
Gerichts- und ähnliche Kosten	900	5 000	
Kosten einer Systemanalyse zur Verbesserung des Informationsflusses	—	750 000	
Reisekostenvergütungen für Auslandsreisen	17 000	115 000	8 411
Zur Verfügung des Bundeskanzlers in besonderen Fällen	170 000	290 000	121 779
Kostensteigerung insgesamt von	9 437 000	auf 20 615 500	5 839 745

UID

Verlag: Union Betriebs GmbH., 53 Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon 22 00 40.
Verlagsleitung: Peter Müllenbach, Gerhard Braun, Bankverbindung: Commerzbank Bonn, Nr. 1124 932, Postscheckkonto Köln 1937 95. Abonnementspreis vierteljährlich DM 6,—, Einzelpreis DM 0,50. Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, Bonn